



Pressekonferenz des BV Freising

18:00 Uhr

Grüner Hof

24. 7. 2019

Eigentlich ein Skandal – Verantwortung abschieben – Schweigen

Die Fakten zu UFP

- Flughäfen sind UFP-Hot Spots (Erkenntnis unserer Messungen und vieler Publikationen)
- Flugzeuge emittieren neben Gasen ausschließlich Ultrafeinstaub (EMPA, Bundesregierung)
- 500 Tonnen Kerosin verbrennen täglich ungefiltert zu etwa 10 Tonnen schädlichen Gasen und UFP
- UFP aus Verbrennung sind immer gesundheitsschädlich (Frau Prof. Peters, Helmholtz Zentrum)
- Noch kein Grenzwert für UFP, aber auch Grenzwerte für Feinstaub sind keine Gesundheitsgarantie
- Lärm, Feinstaub und Ultrafeinstaub addieren sich, sind ein gefährlicher Giftcocktail (Prof. Peters)

Falsche Messstellen für andere Schadstoffe (NOx, Feinstaub)

- Die jetzigen Messstellen stehen nicht dort, wo Höchstbelastungen auftreten (Planfeststellungsbeschluss)
- dies erschließt sich auch aus den langjährigen Windverhältnissen
- auch die Werte der mobilen Messstation am jetzigen Standort (Airport Hopser) bestätigen dies

All dies zeigt: Die Gesundheitsbelastungen durch UFP und andere Schadstoffe für den Kindergarten, alle öffentliche Bereiche (Besucher und Passagiere), für die Mitarbeiter und für die Anwohner des Flughafens enorm und deutlich höher sind, als offiziell verlautet. Gesetzlich vorgeschriebene Messwerte repräsentieren nicht die Höchstbelastung und Ultrafeinstaub wird totgeschwiegen.

Diese Informationen hat der BV Freising allen fachlich zuständigen Ämtern und Ministerien (mehrfach) mitgeteilt*. Die Antwortschreiben waren unverbindlich, ausweichend in der Aussage, schoben die Verantwortung weiter und enthielten z. T. falsche Behauptungen. Niemand fühlte sich zuständig.

Nach der Anhörung im Landtag (16.11.2017) wurde von der Opposition ein UFP-Monitoring gefordert, für welches – endlich nach dreimaliger Ablehnung durch die Regierung – jetzt 1,4 Mio. € im Haushalt vorgesehen sind.

Wie wir jedoch **jetzt aus der Presse erfahren**, soll dieses Geld für Untersuchungen in Regensburg und Augsburg (hier wird seit Jahren die städtische UFP-Belastung ermittelt) verwendet werden, **nicht jedoch für Messungen am Flughafen**, also nicht dort, wo UFP in höchsten Konzentrationen aus den Triebwerken ungefiltert ausgestoßen werden **

Eine Grundsatzfrage drängt sich auf:

Warum wird am Flughafen nicht gemessen? Wer eine Aufklärung bewusst verhindert, hat offensichtlich etwas zu verbergen.

Einen beträchtlichen Anteil an diesen Schadstoffbelastungen verursachen Kurzstreckenflüge und Billigflüge, von denen Dr. Kerkloh sagt, sie seien obszön. Gleichwohl subventioniert die FMG viele Airlines, die gerade deshalb (Zuschüsse, steuerfreies Kerosin) so billig fliegen können. Die FMG fördert also indirekt Lärm und Schadstoffbelastungen, denen die Flughafenanwohner ausgesetzt sind.

Die FMG behauptet, den Mobilitätsbedarf decken zu müssen, wobei gerade die Subventionen den zusätzlichen Bedarf wecken. Man sieht daraus, wie einseitig die Flughafenlobby auf ihren Vorteil bedacht ist, während niemand für die Betroffenen seine Stimme erhebt.

Einer, der dies könnte, ist der Stimmkreisabgeordnete Dr. Florian Herrmann, der als Staatsminister im Kabinett die Belastungen und den Missstand deutlich machen könnte. Er hätte alle Möglichkeiten, die Untersuchungen voranzutreiben, um damit der nötigen Fürsorgepflicht nachzukommen. Der BV Freising hat ihm mehrere Male geschrieben, zuletzt am 14. Juni 2019. Wir fragten, was er unternehmen will, um die Belastungen für die Bewohner hier zu reduzieren. Bis heute hat der Staatsminister nicht geantwortet. Seine Einstellung zu dem Problem ist, dass es keinen Grenzwert für UFP gebe. Grenzwerte zu fordern und zu ermöglichen ist aber doch Aufgabe der Politik. Statt sie wahrzunehmen, versteckt er sich und schweigt.

Zusammenfassend stellen wir also fest:

Es ist ein Skandal, wie unsere Verantwortlichen mit einer Gesundheitsgefährdung umgehen. Die Reaktion auf die Hinweise zeigt keinerlei Verantwortung und ist ausschließlich vom Wunsch geprägt, dass kein persönlicher Fehler nachgewiesen werden kann.

Schaut so heutzutage die Fürsorgepflicht der bayerischen Politik aus?

Und: Wovor hat unser guter Nachbar Angst?

* Informiert wurden: Dr. Kerkloh, der Aufsichtsratsvorsitzende Minister Füracker, auch sein Vorgänger Dr. Söder (alle FMG), das Landratsamt Freising, das Luftamt Süd, die Landesanstalt für Umwelt, die Umweltminister Huber, Scharf und Glauber, die Gesundheitsministerin Huml, die unser Schreiben gleich an das Umweltministerium weiterleitete (Begründung: nicht zuständig), welches seinerseits unsern Brief wieder an Ministerin Huml zurückschickte, weil es doch um Gesundheitsrisiken ging. Auch der Stimmkreisabgeordnete, Staatsminister Dr. Florian Herrmann, wurde mehrfach angeschrieben.

** Begründung: Am Flughafen werde nicht untersucht, man warte auf die Ergebnisse aus Frankfurt. Diese Ergebnisse sind aber aus dem Zwischenbericht weitgehend bekannt. Der Flughafen ist eine beträchtliche UFP-Quelle, die Belastung ist vom Wind abhängig, der die UFP in die umliegenden Wohngebiete weht, wo sie die Anwohner einatmen müssen. Die Erkenntnisse des Hessischen Landesamtes für Umwelt (HLNUG) bestätigen grundsätzlich die Messergebnisse des BV Freising, sagen jedoch nichts über die spezifischen Verhältnisse des Münchner Flughafens. Im Gegensatz zum Fraport liegt MUC frei, ohne Waldbegrenzung. Die Geländestruktur und davon abhängig die Windströmung unterscheiden sich von der in Hessen. Genau das zu ergründen, war das Ziel der UFP-Monitoring-Anträge. Das wird also nun wieder nicht oder immer noch nicht untersucht.